

Stimmungsbericht für den Monat
September 1918.

Evidenzbüro des k.u.k. Generalstabes in W i e n .



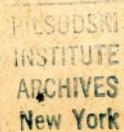
A) G a l i z i e n .

Die schwerwiegenden Begebenheiten der letzten Wochen, die die Öffentlichkeit vor neue Entscheidungen stellten, peitschten die bereits apathisch gewordenen Gemüter auf. Haben schon die Misserfolge der Deutschen an der Westfront keinerlei Beunruhigung bei der Masse hervorgerufen, ja sogar Freudegefühl ausgelöst, so haben der Friedensschritt Österreichs, der unerwartete Verlauf der Vorgänge in Bulgarien, dessen Angebot an die Entente und Abfall von den Zentralmächten, sowie die folgeschweren Parlamentssitzungen eine geradezu gehobene Stimmung zur Folge gehabt. Der lang erwartete Friede schien heranzubrechen und so verschwand hinter dieser Perspektive das Gefährliche und Bedrohende der Lage.

I.) M i l i t ä r i s c h e s .

Die Abolition im Maramaros-Szigeter Legionenprozess hat in der poln. Bevölkerung für kurze Zeit Freude ausgelöst. Sie wurde als etwas lang Erwartetes, als eine gebührende Satisfaktion und Anerkennung der Legionentätigkeit, keinesfalls als ein Gnadenakt empfangen. (Siehe separater Bericht Na.Nr. 6756 res.).

Die Gährung unter der Mannschaft hat trotz aller Vorgänge der letzten Zeit keinesfalls nachgelassen. Die abgehenden Marschformationen des I.R.10 schoss^{en} anlässlich ihres Abgehens, verwundeten einen der die Kompanie begleitenden Offiziere, gab^{en} auch unterwegs während des Transportes mehrere Schüsse ab. Wenn auch keine sichtbaren Anzeichen einer auf Hervorrufung einer Revolution gerichteten Organisation bisher festgestellt werden konnten, muss doch angenommen werden, dass bei der allgemeinen Erbitterung mehrererorts Malkontennten sich zu kleineren



primitiv organisierten Gruppen zusammenschliessen (Na.Nr. 6357 res.) Die mit der Überwachung des Reiseverkehrs betrauten Organe berichten, dass die Soldaten allgemein von der Möglichkeit einer Revolution, der Unzufriedenheit der Soldaten und der noch einstweilen stillen Auflehnung sprechen. Die Deserteure finden bei der Zivilbevölkerung freundliche Aufnahme, werden von ihr mit Lebensmitteln etc. unterstützt.

II.) P o l i t i s c h e L a g e .

Rege Tätigkeit kennzeichnet das politische Leben des verflossenen Monats. Die führenden Persönlichkeiten der poln. Politik fanden sich in Krakau in den ersten Septembertagen zusammen. Der Polenklub und seine Kommissionen, (die parlamentarische und die wirtschaftliche), die National- und die Sozialdemokraten hielten ihre Beratungen und Versammlungen ab.

In der politischen Orientierung lässt sich eine Wendung im passivistischen Sinne (hst. Na.Nr.6101 res.) nunmehr deutlich nachweisen.

Der Passivismus hatte bis zu den letzten Monaten in Galizien wohl zahlreiche Anhänger gehabt. Seine Argumentation jedoch, dass die Lösung der Polenfrage im jetzigen Zeitpunkte aus dem Grunde unmöglich ist, da sie der endgiltigen Gestaltung der europäischen Angelegenheiten, die für die Dauerhaftigkeit der Lösung ausschlaggebend ist, vorgreift und da sie, weil nur im Einvernehmen mit den Okkupanten möglich, auf diese Weise einer späteren, etwa vorteilhafteren Lösung jedwede Existenzberechtigung nimmt, konnte sich bis vor Kurzem nicht auf Tatsachen stützen und entsprang lediglich den Gefühlsmomenten: der - wiederholt betonten - tiefen Abneigung der Polen zu den Deutschen (auch den österreichischen) . Erst die letzten Ereignisse, nicht zuletzt auch die Einsicht der poln. Politiker, dass die Lösung der Polenfrage in einer, alle drei beteiligten Faktoren zufriedenstellenden Weise unmöglich ist, insbesondere aber die Ereignisse an den Fronten und der Ausgang der Ostpolitik haben auch eine reellere Basis für die Argumentation der Passivisten geschaffen. Vor allem aber bleibt das Gefühlsmoment, das in der polnischen Politik immer eine äusserst eminente Rolle gespielt hat, für die politische Orientierung der aus-

schlaggebendste Faktor.

Aus diesen passivistischen - nunmehr allgemein gangbaren-Voraussetzungen die letzten Schlüsse ziehen, wollen die polnischen Politiker aber noch nicht. Es wäre doch dies nichts anderes, als die Lahmlegung der bereits im Zuge befindlichen Wiederaufbauarbeit des poln. Staatswesens, als Verlust aller bereits errungenen Vorteile und als Bruch mit den Zentralmächten, die - was es auch sei - nicht aufhören werden, Polens Nachbarn zu sein.

So gelangten die ehemals aktivistischen poln. Kreise zu ihren jetzigen Standpunkte, der sich in folgender Weise präzisieren lässt: Mit den Okkupanten nicht vollständig brechen, die Gefühle der Nation durch ein unnatürliches Bündnis mit ihnen nicht verletzen, gleichzeitig aber anderen, in der Zukunft liegenden Vorteilen den Weg nicht versperren.

Dieses ist auch die Politik des Polenklubs: Mit den Zentralmächten bzw. mit Österreich nicht endgültig zu brechen, gleichzeitig die Interessen Polens im obigen Sinne zu schützen.

Im gewissen Widerspruch zu Gesagtem müsste der Umstand stehen, dass namhafte polnische Politiker, sowie die offiziellen Enunziationen des Polenklubs bzw. seiner parlamentarischen Kommission (siehe hst. Berichte Na.Nr. 6179 und 6351 res.) sich ausdrücklich für die s.g. austropoln. Lösung ausgesprochen haben. Doch beseitigt wird der Widerspruch dadurch, dass diese Art der Lösung nur als ein Kompromiss zwischen der Entente-Lösung und der durch die Zentralmächte geplanten zu denken ist, als eine Art Kombination zwischen der deutschen Konzeption und der näher unbekanntenen der Entente. Eine deutsche Lösung erscheint den Polen ausgeschlossen. Tatsächlich hat auch der Hass gegen die Deutschen derart zugenommen, dass sich die Polen eher mit dem Gedanken einer gänzlichen mil. Unterwerfung, als mit dem freiwilliger Verhandlungen abfinden würden. Für die Ablehnung der deutschen Lösung werden allerdings auch rationalistische Gründe angeführt, die Unmöglichkeit der Lösung und ihre Unzweckmäßigkeit für die Polen bewiesen, doch all dies tritt vor dem immer elementarer sich Bahn brechenden Hass gegen die Deutschen in den Hintergrund zurück.



Eine ausserordentlich rege Tätigkeit entwickelte der Polenklub. Mit Ausnahme aber der programmatischen Beratungen der parlamentarischen Kommission zu Monatsanfang (Siehe oben zitierten Bericht) hatten die demnächst folgenden Beratungen einen ausgesprochen realen Charakter und betrafen die wirtschaftlichen und sonstigen Angelegenheiten Galizien. Am 19. September tagte die parlamentarische Kommission unter Vorsitz des Obmannes Dr. T e r t i l und im Beisein des Ministers für Galizien Dr. G a ł e c k i .

Der Obmann Dr. T e r t i l berichtete über den Gang der Tätigkeit seit letzter Sitzung. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Nach einer ausführlichen Diskussion wurden folgende Resolutionen vorgetragen und angenommen.

Antrag des Reichsratsabg. W i t o s : Die parlamentarische Kommission des polnischen Klubs behält sich die Stellungnahme in den Steuersachen vor, indem sie dieselben von der Stellung der Regierung im Hinblick auf die, vom Polenklub gestellten Postulate und vom Beschluss der Plenarsitzung des Klubs abhängig macht.

Antrag des Reichsratsabg. S t e s ł o w i c z : Die Parlamentarische Kommission stellt fest, dass ein grosser Teil der vom Polenklub der Regierung übermittelten Postulate bis dato nicht verwirklicht wurden.

Die Parlamentarische Kommission beauftragt das Präsidium, dasselbe habe neuerlich die Regierung zur Realisierung der Postulate rücksichtlich des Wiederaufbaues Galiziens , Förderung der Agrikultur und Approvisionnement des Landes und Besserung der Lage in den Städten und deren Einwohnerschaft aufzufordern.

Die Parlamentarische Kommission des Polenklubs erwartet vom Obmann den Bericht über die diesbezüglich mit der Regierung abgehaltenen Konferenzen während der nächsten Sitzung des Polenklubs.

Die Parlamentarische Kommission verlangt auch vom Präsidium die Vorlage bei der nächsten Sitzung eines eingehenden Berichtes über die von der Regierung vorgebrachten Projekte der Steuergesetze.

Antrag des Reichsratsabg. R a u c h :

Die Parlamentarische Kommission des Polenklubs beschliesst, bei dem Umstande, als bei der Verteilung der ausländischen Kohle für Galizien

monatlich kaum 10 bis 11 % bestimmt wurden - auf die Regierung bzw. den Minister für öffentliche Arbeiten ganz entschieden zu dringen, dass seither auf Grund der Einwohnerzahl unseres Landes vom ganzen Kontingent 28 % für Galizien bestimmt werden.

Am selben Tage fanden auch die Beratungen der wirtschaftlichen Ausschüsse des Polenklubs in Krakau statt. In ihrem Verlaufe (siehe unter Abschn. 3.) wurde eine ganze Reihe konkreter Forderungen in Bezug auf die Approvisionierung, Kleiderversorgung, Requisitionen, Kriegsschäden etc. beschlossen.

Eine weitaus grössere Bedeutung ist den in den letzten Tagen stattgefundenen Verhandlungen des Polenklubs mit den ausserhalb des Klubs stehenden Parteien zuzuschreiben. Schon der Umstand, dass der Klub der Initiative des Abg. D a s z y Ń s k i, eine gemeinsame Friedensresolution im Parlamente einzubringen, folgte, ist für seine Politik bezeichnend. Der Verlauf der Verhandlungen aber und der Wortlaut der gefassten Schlussresolution bedeutet einen gänzlichen Umschwung und beweist deutlich, dass der Polenklub nunmehr gänzlich im Fahrwasser der Nationaldemokraten steuert.

Montag den 30. September wurden die gemeinsamen Beratungen aufgenommen und am 2. Oktober fortgesetzt. Die von den verschiedenen Parteien eingebrachten Resolutionsanträge wiesen je nach dem Parteistandpunkte eine ziemliche Verschiedenheit auf. Alle stellten sich, was die Friedensfrage anbelangt, auf den Standpunkt der Wilson'schen Anträge der Bildung eines Bundes der Nationen und internationalen Schiedsgerichtes. Auch wurde das Recht der Selbstbestimmung der Nationen in Bezug auf Polen zum Ausdruck gebracht. Auseinandergehend waren die einzelnen Resolutionen nur in Bezug auf die endgiltige Präzisierung der Forderungen, wobei die nationaldemokratische Resolution die weitgehendste war, die Vereinigung aller poln. Gebiete verlangte und den internationalen Charakter des polnischen Problems feststellte.

Die nun endgiltig gefasste und am 3./10. im Abgeordnetenhaus eingebrachte Resolution wies in ihrem Wortlaut und Forderungen gänzliche Übereinstimmung mit dem nationaldemokratischen Programm. Die passive Auffassung fand in dem Pkt II.2 ihre offizielle Billigung da

Polenklubs. Nachstehend der Wortlaut dieser Resolution:

I.) Wir anerkennen das Recht jedes einzelnen Volkes der Selbstbestimmung seiner Staatsform und streben einen Weltfrieden auf der Grundlage allgemeiner Verständigung an. Um für jede Nation die völligen staatliche Unabhängigkeit zu wahren und zu sichern, verwerfen wir entschieden die geheime Diplomatie, die über das Schicksal der Völker ohne ihr Wissen und Erlaubnis entscheiden will. Wir bekämpfen den Militarismus und den Imperialismus jedweder Nation und geben unserer Überzeugung Ausdruck, dass der Weltkrieg sein Ende in der Schaffung eines Bundes freier Nationen und Bildung eines internationalen Schiedsgerichtes finden wird. Diese Grundlage des Friedens könne nur auf einem internationalen Friedenskongress bei Anteilnahme der Vertreter aller Nationen geschaffen werden. Der Friede kann nur dann fest sein, wenn er den Geboten der geschichtlichen Gerechtigkeit entsprechen wird, d.h. wenn die ~~Unabhängigkeit~~ ^{Unabhängigkeit} aller jetzt unterjochten Nationalitäten hergestellt wird.

II.) Diese Grundlinien als Richtlinien nehmend, erklären wir als Vertreter der polnischen Nation in Österreich:

1.) Die Teilung Polens betrachten wir als einen an der poln. Nation verübten Gewaltakt. Wir verlangen die Herstellung eines unabhängigen, aus allen polnischen Gebieten zusammengesetzten polnischen Staates, d.i. mit eigener Meeresküste und allen Gebieten, die vorwiegend durch polnische Bevölkerung bewohnt sind, besonders aber mit Schlesien.

2.) Wir verwehren uns dagegen, dass die polnische Frage als eine innerpolitische Angelegenheit irgend einer Macht, die die Teilung vorgenommen haben, betrachtet werde. Wir verwerfen jedwede einseitige Lösung der Polenfrage. Wir verlangen die Zulassung der Vertreter der polnischen Völker zum Friedenskongress, der die polnische Frage lösen soll.

3.) In unserem Streben nach Freiheit, ohne Absicht, ^{über} andere Nationen zu regieren, unterstützen wir die Bemühungen einer jeden Nation, die die volle Unabhängigkeit erstrebt.

Dieselbe nervöse und beschleunigte Tätigkeit wurde auch von anderen

246

politischen Gruppierungen an den Tag gelegt. Die poln. Volkspartei an der Grenze zwischen dem Polenklub und dem radikalen nationalen Flügel bekündigte schon seit langem ihre Annäherung an die nationaldemokratische und sozialdemokratische Ideologie. Die in Tarnów stattgefundene Bauernversammlung (hst.Na.Nr. 6179) und die Beschlüsse der Volkspartei in Krakau vom 24./9. beweisen dies mehr als deutlich.

Die Vertreter der poln. Volkspartei aus Galizien und der poln. Volksvereinigung des Königreichs Polen hielten am 24. September 1918 in Krakau im Magistratssaale eine Sitzung ab:

Zur gemeinschaftlichen Stellung in der polnischen Frage sprach T e t m a j e r nach einer ausführlichen Diskussion an der sich die Reichsratsabgeordneten W i t o s , Prof. D u b i e l, S t a r z y Ń s k i , die Frauen G a s i o r o w s k a und R a d l i Ń s k a , Dr. B a r d e l und andere beteiligten, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die in Krakau versammelten Repräsentanten der polnischen Volksvereinigung im Königreiche Polen bekunden, dass das poln. Volk auf dem ganzen Gebiete Polens die Teilung des Vaterlandes nicht anerkennt, zur Bildung einer unabhängigen, in allen drei Teilen vereinten Republik mit eigenem polnischen Meere unerschütterlich strebt und in der Überzeugung, dass die polnische Frage eine internationale ist, und dass ihre Lösung die beste Garantie für einen dauerhaften Frieden in Europa bietet - gegen alle Bemühungen dieselbe einseitig - sei es nach der austro-polnischen, sei es nach der deutschpolnischen - Richtschnur zu lösen, protestiert.

Die Vertreter der polnischen Volkspartei aus dem Königreiche fügten noch folgende Erklärung hinzu:

„ Da wir der Stimme des Volkes zweier Teile Polens voll Rechnung tragen, so gab die polnische Volkspartei auf dem gemeinsamen Beschlusse ihre Unterschrift mit Ausserachtlassung der streitigen Sache des Staatsrates, welchen wir für schädlich halten und als eine beschwichtigungsgesinnte und hochdemokratische Institution rücksichtslos bekämpfen.“



Auch die Nationaldemokraten veranstalteten zahlreiche Versammlungen im ganzen Lande. Über die Beschlüsse der am 23./8. 1.J. in Zakopane stattgefundenen vertraulichen Beratung gibt hst. Na.Nr. 6101 Aufschluss. Ähnliche Zusammenkünfte fanden auch in anderen Städten statt.

Am 30. September 1918 veranstaltete die nationaldemokratische Partei im „Sokoł“-Saale in Krakau eine vertrauliche Zusammenkunft, an welcher zahlreiche Krakauer Intelligenz und Geistlichkeit teilgenommen hat.

Einem vertraulichen Berichte zufolge verlief die Versammlung folgendermassen:

Die Debatte eröffnete der Gerichtsrat O l s z e w s k i und der Reichsratsabg. Dr. Stanisław G ł a b i ń s k i hielt eine ausführliche Rede, in welcher er die bekannte Stellung der Gruppe der Nationaldemokraten im Wiener Parlamente, ihr gegenwärtiges Verhältnis zum Polenklub, zu den Jugoslaven und Tschechen besprach; er bekämpfte auch scharf den poln. Staatsrat und die Warschauer Regierung und betonte, die poln. Frage werde auf dem internationalen Kongresse nach der Wilsons-Formel vollkommen erledigt werden.

Nach G ł a b i ń s k i und nach der Ansprache mehrerer Redner, wurde im Sinne der Ausführungen Dr. G ł a b i ń s k i's folgende Resolution angenommen:

I.

Man müsse mit ganzer Entschlossenheit dagegen Protest erheben, dass sich gewisse Persönlichkeiten oder Gruppen in einzelnen Teilen Polens wie auch Organe und Institutionen im Königreiche Polen, welche von den Okkupationsstaaten, in der Absicht, den internationalen Charakter der polnischen Frage ^{zu} vertuschen und dieselbe nach ihren eigenen Interessen und Zwecken zu lösen, zum Leben gerufen worden sind, - das Recht usurpieren, die Nationen zu vertreten und in ihrem Namen zu handeln. Diese Organe und Institutionen, wie der Warschauer Regentschaftsrat und die sogenannte polnische Regierung sind gestützt in ihrem Bestehen,

Organisation und Tätigkeit auf dem einseitigen Akte der Zentralstaaten vom 5. November 1916 und auf dem Manifeste vom 12. September 1917, mit denen das Gebiet des künftigen Polen und sein Selbstbestimmungsrecht von oben begrenzt und geschmälert worden sind; diese Organe und Institutionen sind somit nicht nur keine Repräsentationen der Nation, sondern sie sind auch naturgemäss nicht fähig, namens derselben zu sprechen, da sie durch obige Akte und infolge der den Okkupanten gemachten Versprechungen gebunden sind.

Die Zusammenkunft missbilligt nun die Proben dieser Organe, über die Zukunft Polens zu Gunsten der Okkupanten im Vorhinein zu entscheiden und missbilligt insbesondere die an die Zentralstaaten gerichtete Note der Warschauer Regierung vom 29. April 1918, wie auch die erniedrigende Note, welche diese Regierung als Antwort auf die bekannten, von den Koalitionsstaaten in Versailles im März l. J. im Sinne einer gerechten Lösung der polnischen Frage aufgestellten Beschlüsse herausgegeben hat.

II.

Man stellt fest, dass das Programm der Vereinigung des ganzen unabhängigen Polen eine, jeden Polen bindende, durch Natur, Geschichte und höchste Prinzipien der nationalen Existenz gegebene Weisung ist, von welcher kein Pole zurücktreten darf. Aus dem Grunde halten die Versammelten nur jene polnischen Organisationen im Auslande mit der poln. Nation für einig, solange sie im Rahmen dieses Programmes wirken. Die Zusammenkunft stellt mit Befriedigung fest, dass das poln. National Komitee in Paris auf derselben Hauptbasis seine Tätigkeit stützt. Eine legale Vertretung der poln. Nation, berufen zur Entscheidung über die Regierungsform, ganze Gestaltung Polens und über die Staatstraktate wird erst der Landtag aller Gebiete des freien, auf breitesten demokratischen Prinzipien basierenden Polens sein.

III.

Man billigt den Rücktritt der Abgeordneten der national-demokratischen Gruppe aus dem Polenklub, welcher in dem grossen historischen Momente zur Führung der Nationalpolitik nicht gewachsen ist und aus opportunistischen Rücksichten sogar seine eigenen, die poln. Frage betreffenden, vom vollen Landtagsklub am 28. Mai 1917 genehmigten Be-

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

126
249
PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

schlüsse nicht zu würdigen wusste.

IV.

Man begrüsst mit voller Anerkennung die Anknüpfung durch die Abgeordneten der Partei eines Bündnisses mit der Repräsentation des tschechischen Volkes und der Jugo-Slaven und erblickt darin den Keim eines politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bündnisses dreier Völker in der Zukunft.

V.

Man beauftragt das Hauptkomitée und die Abgeordneten der Partei, sie mögen mit gleichartigen Organisationen im Königreiche Polen und Preussen im konstanten Kontakte stehen und energisch daran schreiten, dass im österr. Teile eine Repräsentation der nationalen Opinion und hierauf eine ebensolche Repräsentation für alle polnischen Gebiete, bestehend aus allen Parteien und Nationalgruppen, zum Leben gerufen werde".

Die Sozialdemokraten haben weder ihre Orientierung, noch ihre Taktik geändert.

Sonntag, den 22. September fand in Krakau im Sokolsaale eine von den Abgeordn. Ignaz D a s z y Ń s k i, Dr. Sigmund M a r e k, Sigmund K l e m e n s i e w i c z und Dr. Emil B o b s o w s k i einberufene, auf geladene Gäste beschränkte Versammlung, statt - bei welcher die Obgenannten, vor den Versammelten - grösstenteils dem Arbeiterstande Angehörigen, über ihre parlamentarische Tätigkeit und über die gegenwärtige Lage berichteten. Nach einem vertraulichen Berichte verlief die Versammlung folgendermassen:

Den Vorsitz führte der Schriftsetzer Leo M i s i o ł e k und als Erster ergriff das Wort D a s z y Ń s k i. Er besprach zuerst die Politik des Polenklubs und kritisierte scharf seine Haltung der Regierung gegenüber, welcher er wenige Wochen nach dem berüchtigten Frieden in Brzest Litowsk unzählige Millionen votierte. Auch die Politik der Regierung in der Polenfrage verdient scharfen Tadel. So lange Österreich und Deutschland im Weltkriege Oberhand hatten, schwieg die österr. Regierung vor lauter Respekt vor Deutschland und dachte nicht an die

260

11

austropolnische Lösung, jetzt aber, wo sich das Kriegsschicksal gewendet hat, tritt man mit einer separaten Friedensnote auf, nähert sich den Polen und verspricht ihnen Unterstützung in der austropolnischen Lösung. Trotzdem sind die Polen gar nicht einig, die Germano-Polen wollen Polen den Deutschen, die Austropolen wollen es wiederum Österreich preisgeben. „Was sehen wir aber?“ sagte der Redner, „in Österreich, was für uns nützlich wäre? etwa den Kriegerruhm oder die Bürokratie, oder die Wirtschaft, die das Land zur Hungersnot brachte? In diesem Staate sehen wir nichts, was wir in unser Haus bringen könnten - wir haben nur ein einziges Begehren: Sich aus dem Hause zu retten, mit eigenem Recht und Willen zu leben. Dieser nationale Wunsch nach vereintem, unabhängigen Polen mit Zutritt zum Meere tritt immer mehr hervor. Dieses Streben nach Unabhängigkeit trachtet man durch Denunziationen in Wien wegen angeblichen Verschwörungen und Spionage locker zu machen.“

Nach dieser sehr beifällig aufgenommenen Rede **D a s z y ŋ s k i**'s sprach der Abg. **D r. M a r e k**. Er wies auf die neuen grossen Erscheinungen hin; der Imperialismus tritt in den Schatten zurück - die Demokratie gewinnt an Kraft und Bedeutung. Auf diesem Ekran erscheint die Friedensnote **Burians** als Ausdruck der Schwäche und Misstimmung, die Armeen sind zu Volksarmeen geworden und dadurch hat heute das ganze Volk die Waffen. Die Folgen dieser Zustände sind in Russland wahrzunehmen.

Die Note **Burians** beweist, dass man dort oben die Bedeutung des demokratischen Friedens zu verstehen beginnt, die Koalition aber und die Völker werden nie den Frieden von **Brest Litowsk** annehmen. Der Geist der Zeit wird immer mehr demokratisch, Kaiser **Wilhelm** kommt vor die Arbeiter und nennt sie Freunde, wer hätte gedacht, dass so etwas möglich sein wird?

Nach **M a r e k** sprachen noch in ähnlichem Sinne die Abg. **S l i w i ŋ s k i** **Hypolit**, **K l e m e n s i e w i c z** und **D r. B o b r o w s k i**, der speziell die traurigen Ernährungszustände und die Machtlosigkeit der Regierung in dieser Hinsicht erörterte.

Sodann wurde folgende, vom Abg. **D r. M a r e k** gestellte Resolution einstimmig angenommen:



„ Wir verlangen Frieden! Unzählige Opfer, die das Volk im Laufe dieses vierjährigen blutigen Krieges bringt, müssen ihr Ende haben. Deshalb begrüßen wir jedes Wort, jedes Projekt, das die kämpfenden Parteien zum Frieden mahnt und auffordert.

Das Volk brachte in diesem Kriege die schwersten Opfer, daher soll es bei den Friedensverhandlungen das entscheidende Wort haben. Die Teilnahme der Völker an den Friedensverhandlungen ist für uns die Garantie, dass der Weltkrieg wirklich sein Ende finden wird. Wir weisen zurück und verurteilen jede geheime Diplomatie der Regierungen, wir werden nicht zulassen, dass sich der Friedensschluss nach Art des von Brest Litowsk wiederholt und so der neue Anlass zum Kriege gegeben wird. Soll der Friede fest sein, so muss er allen unterdrückten Völkern Unabhängigkeit schaffen, muss alle freie und unabhängigen Völker zum Völkerbunde bringen, muss eine allgemeine Entwaffnung zur Folge haben und muss das Regime des Rechtes und Gerechtigkeit über Gewalt und Druck versichern.

In der Unabhängigkeit unserer Nation sehen wir die Garantie der Entwicklung des polnischen Arbeiterstandes und seiner wirksamen Tätigkeit im internationalen Kampfe der Arbeiter der ganzen Welt um Befreiung, Freiheit und Gerechtigkeit für die arbeitenden Klassen. Nieder mit der Völkermetzerei! Hoch lebe die Verbrüderung der Arbeiter! Hoch lebe das unabhängige, vereinigte Polen !"

Die nationale Bewegung der Judenschaft Galiziens hat durch die letzten Ereignisse ebenfalls eine Stärkung erfahren. Die öffentliche Anerkennung des sionistischen Ideals - Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina - durch die Entente und auch die wohlwollenden Äusserungen der deutschen und österreichischen Staatsmänner, nicht zuletzt auch die mit der jüdischen Vertretung geführten Verhandlungen der türkischen Regierung haben das zur Folge gehabt, dass die numerisch bis jetzt nicht starke zionistische Partei tiefen Anklang und zahlreiche Anhängerschaft sowohl bei der jüdischen Intelligenz, wie auch bei der Masse findet.

Demnach wächst auch die jüdische politische Bewegung und ihr ge-

genwärtiges Programm lässt sich in den in Krakau in der Versammlung jüdischer Bürger gefassten Resolutionen zusammenfassen: Anerkennung der jüdischen Nationalität, Sicherung der kulturellen und politischen Rechte durch Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und Berücksichtigung der Forderungen in bezug auf selbständiges Schulwesen, Pflege der sozialen Einrichtungen und Einführung eines jüdischen Katasters für jene Teile, wo Juden in grösserer Zahl wohnen.

Die erwähnte Versammlung protestierte gegen die Benachteiligung der jüdischen Bevölkerung in der Wiederaufbauaktion Galiziens sowie die Passivität der Regierung, die die katastrophale anti-semitische Propaganda toleriert und approbierte die Aktion der zionistischen Exekutive bei der österreichischen Regierung zwecks Anerkennung der jüdischen Nationalität.

III. W i r t s c h a f t l i c h e s .

Wie schon oben angedeutet wurde, entwickelte der Polenklub eine rege Tätigkeit, die aber nicht - wie bisher fast immer - programmatischen Charakter aufwies, sondern zum grossen Teil auch den wirtschaftlichen Fragen gewidmet war.

Am 19./9. fanden in KRAKAU die Beratungen des wirtschaftlichen Ausschusses des Polenklubs statt.

Im Verlaufe der Diskussion stellte der Ausschuss fest, dass infolge niedagewesener Elementarschäden die Getreide-, Hülsenfrüchte-, Kartoffel- und Heuernte einer katastrophalen Vernichtung anheimfiel, so dass sich nicht nur kein Überschuss dieser Feldfrüchte zur Ausfuhr erübrigen wird, sondern die Ernährung der einheimischen Bevölkerung kaum für einige Monate sichergestellt ist und das Hungergespens in Lande noch nie so bedrohlich war.

Der Ausschuss stellte fest, dass die Lage nur noch verschlimmert wird durch das willkürliche Vorgehen der k.k. Approvisionierungsbehörden, die die Nahrungs- und Futtermittelkontingente für das Land, ohne auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, bestimmen, auf diese Weise die Bevölkerung der Willkür der Privatagenten ausliefern, dabei aber dem Lande nicht die unentbehrlichen Bedarfsartikel

in der Menge, die der Kopfzahl der Bevölkerung und der durch den Krieg erfolgten Verwüstung des Landes entsprechen würde, zuweisen und die Verteilung dieser Artikel unberufenen Faktoren anvertrauen, wodurch kaum ein Bruchteil der zugewiesenen Menge dem Verbräuche durch die arme Bevölkerung zu den vom Staate festgesetzten Preisen zugeführt wird. Der Ausschuss hob besonders hervor, dass dieses System nicht nur die Quelle des grössten Elends der einheimischen Bevölkerung bildet, sondern auch die Ursache dessen ist, dass das Land nicht jene Vorräte an Lebens- und Futtermitteln, zu deren Aufbringung und Abgabe es bei einer rationellen Behandlung seitens der k.k. Approvisionierungsbehörden befähigt wäre, dem Staate zur Verfügung stellen kann.

Der Ausschuss stellte neuerlich fest, dass die wirtschaftliche Wiederaufbauaktion des Landes schneckenartig vor sich geht, dass das Jahr 1918 wieder einmal für die Bebauung der brachliegenden 800.000 Joch der östlichen Bezirke verloren gegangen ist und dass 120.000 Familien vergeblich auf Häuser warten, dies hauptsächlich infolge der bürokratischen Fesselung der Zentrale für den Wiederaufbau Galiziens durch die k.k. Zentralbehörden, wie auch infolge der Stockungen in der Auszahlung für Kriegsdienstleistungen und Unsicherheit betreffs der Rückvergütung der Kriegsschäden.

Im Zusammenhange damit wurde eine ganze Reihe konkreter Forderungen betreffend Notstandsgelder für die Bevölkerung, Kleiderversorgung, Volksernährung und Beschaffung der Artikel des täglichen Gebrauches, betr. Requisitionen und Viehpreisen, Wiederaufbau und Demobilisierung, Kriegsdienstleistungen und Kriegsschäden, sowie Auszahlung der Unterstützungen beschlossen.

Der städtische wirtschaftliche Ausschuss befasste sich mit der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Gebrauches mit finanzieller Aushilfe und der Wiederaufbauaktion der Städte.

Dass bei der tatsächlich äusserst ungünstigen wirtschaftlichen Notlage die Gemüter in ständiger Aufruhr sind, ist auch nicht zu verwundern. Die Aufregung sucht sich bei jeder Gelegenheit Ausdruck und findet ihn bei den politisch prädisponierten Massen im Hass und Unwillen gegen die Deutschen. So wird auch der Boykott gegen alles

214

Deutsche gepredigt und auch zweifelsohne ausgeübt.

IV. Stimmung der Bevölkerung.

Dies ist auch der herrschende Grundton in der allgemeinen Stimmung. Diese hat sich keineswegs gebessert, wurde sie auch oben als in Erwartung des nunmehr nahe geglaubten Friedens - eine gehobene bezeichnet, so gilt es nur in dieser einzigen Hinsicht als richtig. Denn die Unzufriedenheit und Sorge werden immer grösser. Mit ihnen steigt die Erbitterung und der Hass vor allem gegen Deutschland. Politisch ist eine Annäherung an Deutschland ausgeschlossen, denn - wie gesagt - würden sich die Polen eher mit dem Gedanken einer vollständigen Unterwerfung durch die Deutschen, als mit dem der Verhandlungen abfinden. Ihnen wird die Schuld an dem Kriege, dem wirtschaftlichen und moralischen Elend zugeschrieben.

Die Eisenbahner, die, um ein einheitliches Vorgehen mit den tschechischen Eisenbahnern zu erzielen, am 22./9. in Prerau zu einer Konferenz zusammentraten (siehe unten) und sich zu gemeinsamen Vorgehen halbwegs geeinigt haben, drohen bei jeder Gelegenheit mit dem Streik. Man hört von einem drohenden Streik der Eisenbahner, dem ein Streik der Kohlenbergarbeiter vorangehen soll.

Wenn auch all diese Gerüchte jeder realen Basis insofern entbehren, als sie sich bis jetzt nie bewahrheitet haben, müssen sie dennoch als äusserst bedenklich und sorgenerregend bezeichnet werden. Die erschütterte Moral, die Entbehrungen und die etwa enttäuschten Hoffnungen können von folgenschwersten Wirkungen sein.

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

173

173 255

B) Mähren und Schlesien.

Im Allgemeinen lässt sich hier dasselbe, wie in Galizien wahrnehmen. Der scheinbar herannahende Friede hat die gesamte Nation fester zusammengefügt, die nationalen Gefühle ins Masslose gesteigert.

I. Militärisches.

Auch in dieser Hinsicht wäre ähnliches wie über Galizien zu berichten.

Doch ist zu bemerken, dass auch tschechische Offiziere ihre nationale Gesinnung nicht nur offen zur Schau tragen, aber auch nicht davor scheuen, ihre Charge zu missbrauchen, wenn es sich darum handelt, Achtung für ihre Gesinnung zu erzwingen, wie es in Prossnitz der Fall war, wo zwei Offiziere einen Offiziersstellvertreter zur Beteiligung an einer tschechischen Demonstration zwingen wollten (Die Angelegenheit ist bei der Anwaltschaft in Untersuchung.)

II. Politische Lage.

Die tschechischen nationalen Kreise sahen sich durch die geänderte allgemeine Lage knapp vor die Verwirklichung ihrer ersehnten Ideale gestellt. Sie steigerten ihre Bemühungen und stimmten die höchste nationale Note an. Mit äusserster Leidenschaft versuchten sie die Nation zum letzten Kampfe und letzter Kraftanstrengung anzueifern. Ein Verhandeln nach irgend einer Seite erscheint ihnen als ein Verbrechen an der nationalen Sache.

Zwei Strömungen ringen gegenwärtig in der tschechischen sozialdemokratischen Partei um ihre Geltung. Auf der einen Seite die Gruppe unter der Leitung Dr. Š m e r a l's, auf der anderen Seite die Mehrheit der Partei geschaart um die Abgeordneten H a b e r m a n n und M o d r a ě k in Böhmen und B e c h ý n ě in Mähren. Während die Anhängerschaft Š m e r a l's, opportunistischen Grundsätzen und Methoden huldigend, mit den gegebenen Kräften und ökonomischen Verhältnissen

256

rechnet - trägt die Politik der zweiten Gruppe deutlich die Merkmale des westeuropäischen Sozialismus mit seinen radikalen Idealen und bekennt ganz offen, auf welcher Seite sie mit ihren Sympathien steht. Sie erblickt in dem jetzigen Kriege den entscheidenden Kampf zweier Weltanschauungen.

Die Parole der tschechischen sozialistischen Partei bleibt nach wie vor: „ Durch den Sozialismus zur Freiheit der Nation und durch die Freiheit der Nation zum Sozialismus!“

Für die im tschechischen Volke heute bestehenden Strömungen ist besonders bezeichnend, dass am äussersten Flügel der nationalen Parteien die Sozialisten marschieren. Allem Anscheine nach ist diese Erscheinung auf den Umstand zurückzuführen, dass die Masse des Volkes aus den Kreisen der Arbeiter besteht und dass es daher ein leichtes sein werde, die sozialistischen Grundsätze in dem erträumten tschechischen Staate am leichtesten zu verwirklichen.

Die Organe dieser Partei treten daher am energischsten für eine zielbewusste und konsequente Politik ein, verwerfen jedes Transigieren mit der Regierung und verlangen auch von den übrigen nationalen Parteien, nach diesen Grundsätzen zu handeln.

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

Die in der Öffentlichkeit laut gewordenen Stimmen über geplante Verfassungsänderungen werden von der tschechisch-nationalen Presse wohl wiedergegeben, jedoch mit der besonderen Hervorhebung des Umstandes, dass sich von der tschechischen Seite an diesen Beratungen niemand beteiligen werde. Auch die bei den verschiedenen Versammlungen zu Worte gekommenen Politiker suchten mit grösster Entschiedenheit jede Beteiligung an solchen Konferenzen in Abrede zu stellen. So erklärte der Vorsitzende des tschechischen Verbandes, der Abg. S t a n e k , dass alle Berichte über Verhandlungen der tschechischen Vertreter mit der Regierung H u s s a r e k ein Unsinn seien. Jedes Verhandeln sei überflüssig, zumal das angestrebte Endziel der selbständige tschechische Staat mit allen Attributen der Macht im Wege der Vereinbarungen überhaupt nicht zu erzielen sei. Die Zeit des Verhandeln sei verstrichen und die heutige Situation sei viel zu ernst, als dass jemand ver-

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

18257

bindlich verhandeln könnte, ohne Kenntnis des tschechischen Verbandes und des National-Ausschusses.

Einige Korporationen und Stände, welche früher als stark konservativ gegolten haben, z.B. die Geistlichkeit, ha^{ben} sich ganz offen für die Förderung des tschechischen Staates ausgesprochen. Wie in Böhmen so auch in Schlesien hat die Geistlichkeit der Bezirke Troppau und Wagstadt am 19./9.1.J. sich feierlich „ als Söhne der tschechischen Nation und ihrer Aufgabe bewusst " bezeichnet und erklärt, sie werden so lange mit Leuten des guten Willens in einem Zuge schreiten, bis das Ziel erreicht ist. "

Überhaupt feiern die Klerikalen die Vereinigung der tschechisch-katholisch-nationalen Partei mit der christlich-sozialen, wobei auch in der vereinigten Partei unter Wahrung des konservativen Parteistandpunktes in staatsrechtlicher Beziehung an das alte Parteipostulat der Errichtung des tschechoslovakischen Staats festgehalten wird.

Auch in der katholischen Jugend-Bewegung die scheinbar durch die rührige Agitation für die Jugend-Organisation der česká statopravné demokracie angeregt worden ist, wird das nationale Moment kräftiger betont, während der zweite Teil des Wahlspruches dieser Jugend „ narod a vira " zu kurz kommt (Zusammenkunft in Prossnitz am 8./9.)

Und während die deutschen Kreise - den tschechischen Zeitungen nach - vernünftiger geworden zu sein scheinen und von ihren alldeutschen Idealen und Zielen nachgelassen haben, (was besonders hervorzuheben ist, wurde die tschechische Sprache für das Schuljahr 1918/19 vom Landesschulrate als obligat eingeführt) ist die gesamte tschechische Nation für ihre Ziele begeistert und festgeführter geworden. Für den 22./9.1.J. wurde eine grosse Nationalversammlung auf den „Ostrá hora " bei Chabitschau (Bez. Wagstadt) von den Landtagsabgeordneten Schlesiens mit der Parole: „ Gleichheit im Volke " einberufen.

In der Proklamation ist zu lesen: „ Es handelt sich uns nicht um billige Volksbegeisterung, sondern um den Beweis, dass wir alle für das Recht des tschechischen Volkes in den Kampf gehen. Wir sind nicht Revolutionäre, aber wir verlangen nur das, was uns mit Recht gehört. Unser Volk ist so erwacht, dass es das Recht besitzt, zwischen anderen Völkern als zwischen gleichen stehen zu dürfen und nicht fortwährend

von einem anderen Volke bevormundet zu werden. Wir lassen uns zu keinen Demonstrationen hinreißen.

Wie sehr die radikalen Elemente in den tschechischen Parteien sich die Ideen der Entente zu eigen gemacht haben, ist aus den Ausführungen ersichtlich, mit denen das Organ der sozialdemokratischen Partei die Friedensnote des Grafen Burian begleitet. Die Erörterungen laufen darauf hinaus, dass der Krieg zu Ende ausgefochten werden müsse, denn ein halber Friede wäre die Quelle neuer blutiger Konflikte, der die heutige ungerechte Wirtschaftsordnung mit ihrer nationalen Hierarchie und ihrer pseudo-demokratischen Staatsform aufrecht erhalten würde.

Der Friedensschritt der österr. Regierung wäre daher nur unter der Voraussetzung freudig zu begrüßen, wenn er aufrichtig gemeint die Erfüllung der vier Punkte der Wilson'schen Friedensbotschaft verbürgen würde.

Wäre daher dieser ehrliche Wille bei den massgebenden Faktoren nicht vorhanden, dann sei der tschechische Arbeiter entschlossen, weiter zu kämpfen bis zum siegreichen Ende der neuen Weltidee.

Für die Eisenbahnerbewegung war die für den 22./9. in Prerau anberaumte Eisenbahnerbesprechung von Wichtigkeit.

Die Versammlung in Prerau war als eine Fortsetzung der im August 1918 in Nimburg in Böhmen abgehaltenen Versammlung tschechischer Eisenbahner gedacht, bei der die tschechischen Eisenbahnerorganisationen sich auf einem gemeinsamen Vorgehen halbwegs geeinigt haben. Es blieben nämlich die getrennten sozialdemokratischen und nationalen Fachorganisationen weiterhin bestehen und eine Einigung wurde nur insoweit erzielt, als sie gemeinsam ihre Forderungen und Pläne besprechen und verfolgen wollten.

Die Vertrauensmännerversammlung in Prerau wurde behördlich unterdrückt, da festgestellt wurde, dass die Einberufer Alois H e i n i s c h Oberrevident der Nordbahn in Prerau, Wenzel P l i m e l , Oberrevident der Buštěhraderbahn in Prag, Stefansgasse 37, Gottlob P r o - c h á z k a , Maschinenschlosser der Staatsbahn in Prag, Rajskagasse

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

PILSUDSKI
INSTITUTE
ARCHIVES
New York

259

480, Josef Kříž, Maurer der Staatsbahn in Prag VII, Mühlgasse 1056 die Einladungen nicht individuell, sondern an die Organisationen gesendet haben, welche sich dann allein den Delegierten selbst bestimmt haben und welchen erst in Versammlungslokale die Einladung ausgestellt wurde.

Es mangelten daher die gesetzlichen Voraussetzungen für eine auf „geladene Gäste“ beschränkte Versammlung.

Mit dem Mittagszuge kamen 9 polnische Vertreter der Eisenbahner u. zw. 6 aus Lemberg, 3 aus Krakau; Mit diesen war am Nachmittag eine Besprechung geplant. Infolge der Auflösung der Versammlung unterblieb jede weitere derartige Versammlung, doch kamen sämtliche zugereisten Eisenbahner sowie die Vertreter der hiesigen Eisenbahnbediensteten in der Restauration des „Městský dům“ in Prerau zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen zusammen, bei welchem angeblich ohne lange Besprechungen die Vereinigung aller Eisenbahner slavischer Nationalität vereinbart wurde.

Nach dem gemeinschaftlichen Mittagmahle zerstreuten sich die Gruppen teils in der Stadt, teils blieben sie bei Kartenpartien vereinigt.

Anwesend waren die Vertreter der slavischen Eisenbahner aller politischen Richtungen, sohin Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Anhänger der Volkspartei und, wie erwähnt, Tschechen, Polen, Südslaven.

Aus Prag waren die drei erwähnten Personen, aus Laibach der Vertreter des Sváz jhoslovanských železničských úředníků als Vertreter aller südslavischen Parteien, aus Brünn der Sekretär der zenská jednota železničských zřízeností Johann Pelika anwesend, während die übrigen Personen aus Prerau waren u. zw. als Vertreter der dortigen tschechischen Eisenbahnerorganisationen aller Parteirichtungen.

II.) Wirtschaftliches.

Eine auffallende Erscheinung der letzten Zeit auf finanziellem Gebiete ist die jähe Steigerung der böhmischen und mährischen Wertpapiere, die die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf sich gezogen hat. Seit jener Zeit, da die Idee des tschechoslovakischen Staates so eifrig propa-

giert wird, stehen nach der Meinung der deutschen Provinzpresse die tschechischen Papiere im Vordergrund des Interesses. Es wäre übertrieben, den Gerüchten zu glauben, dass diese Papiere auf Rechnung der in Paris lebenden Tschechen gekauft werden, aber soviel sei doch sicher, dass die politische Tendenz und die grenzenlose Agitation für den tschechoslovakischen und den südslavischen Staat auf die hohen Preise immer Einfluss ausüben. Häufig ereignet es sich sogar, dass anlässlich des Verkaufes von Häusern und Grundstücken die Verkäufer sich die Zahlung des Kaufschillings in tschechischen Wertpapieren ausbedingen.

Die neue Verordnung des Ernährungsminister Paul betr. das Verbot des Rucksackverkehrs hat im Publikum eine grosse Aufregung ausgelöst. Ebenso wird Stellung gegen die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise, sowie gegen eine mögliche Erhöhung des Zuckerpreises genommen. Allenthalben werden Protestversammlungen - auch der bürgerlichen Parteien - einberufen und ist die Stimmung der Bevölkerung masslos erbittert. Die Regierung wird von allen Parteien des Wuchers und der Preistreiberei beschuldigt, die Zeitungen schreiben über die Misswirtschaft bei den Zentralen. So spricht im Namen der christlichsozialen Partei Josef P e s c h k e in Freiwaldau: Es ist traurig, dass die Regierung während der 4 Kriegsjahre nichts gelernt hat. Das Getreide auf den Feldern ist wohl verfault, nicht aber das Stroh in den Köpfen unserer Beamten. Die neuen Druschprämien sind ein Fluch für die Ernte und erschweren das Durchhalten." Das Weiteren fordert er Rechnungslegung der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt und sagt, man könne für das hohe Defizit unmöglich das Volk bestrafen, indem man den Brotpreis erhöhe. Allgemein kann man Anschuldigungen gegen die Regierung lesen, der man Unfähigkeit, Ungerechtigkeit, Mangel an sittlichem Ernst und Mangel an Pflichtbewusstsein vorwirft. In zweiter Linie wendet sich der Unmut gegen Deutschland und Ungarn, sowie die Agrarier. Den Grundbesitzern wird aus allgemein bekannten Gründen mit der Rache gedroht und tatsächlich sieht man bald hier, bald dort, die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen. Diebstähle und Brandlegungen sind am Lorfe an der Tagesordnung und dies trotz grösster Überwachung. Das Gewissen ist gelockert, verderbliche Beispiele verlocken, die zum Schutze des Eigentums getroffenen Verfügungen versagen und so werden die Dinge am Lande immer

schlimmer.

IV. Stimmung der Bevölkerung.

Die Stimmung, die schon in den vergangenen Monaten eine recht gedrückte war, ist durch die letzten politischen Ereignisse keineswegs eine bessere geworden. Größer als je zuvor wird mit dem herannahenden Winter die Unzufriedenheit und Sorge und immer ärger und alarmierender werden die Gerüchte, die infolge dieser Unzufriedenheit beim Volke in Umlauf gesetzt werden. In den weiteren Schichten lodert die Ungeduld und der Unwille empor und ihr ^{kehrt sich} Hass gegen Deutschland. Man weist auf den geringen Wert des österreichischen Geldes hin und sagt, Österreich stehe vor dem Bankrott und werde mit Deutschland ganz vernichtet werden, wenn es nicht noch rechtzeitig einen anderen Kurs einschlägt. Es hatte sich schon längst von seinem Verbündeten trennen müssen, wenn es weiter existieren wolle. Schuld trage nur die österreichische Regierung, die sich an Deutschland anklammere und von ihm ausnützen lasse. Während die Österreicher Hunger leiden und noch bestraft werden, wenn sie mit schwerem Gelde durch Überzahlung sich etwas verschaffen wollen, haben die Deutschen freie Ausfuhr und kein Gesetz hindere sie, durch Phantasiepreise den Österreichern die nötigen Lebensmittel wegzukaufen.

An zweiter Stelle richtet sich der Groll gegen die Agrarier, die durch unerhörte Wucherpreise das Volk geradezu aussaugen. Sie und die Regierung müssten beseitigt werden und alle Slaven sich zum Kampfe gegen Deutschland einigen. Deshalb hat auch der Rückzug der Deutschen an der französischen Front geradezu Freude ausgelöst. Jeder Tag bringt neue Gerüchte, besonders für den St. Wenzelstag hatte man schwerwiegendste Ereignisse, wie Generalstreik, Gefangennahme der Offiziere, etc. prophezeit, ; doch herrscht bis zur Stunde überall Ruhe.

Wenn auch all die Gerüchte jeder reellen Basis insofern entbehren, als sie sich nie bisher bewahrheitet haben, müssen sie dennoch als äusserst bedenklich und sorgenregend bezeichnet werden. Die erschütterte Moral, die Entbehrungen und die etwa enttäuschten Hoffnungen können von folgeschwersten Wirkungen sein.

Erhalten Evidenzbüro des k.u.k. Generalstabes, NAbt. des M.G.G.
Lublin, die NStellen Lemberg und Przemyśl und in entsprechender Fassung
NStelle MilKmdos Pozsony und Se. Exz. der k.k. Statthalter für Galizien.

K r a k a u , am 8. Oktober 1918.

Jurawski

263

